

Sebastian Rosenberger

# Inklusions- und Exklusionsmechanismen in Parlamentsreden der Frankfurter Paulskirche

## 1 Einleitung

In diesem Beitrag sollen zwei Debatten im Frankfurter Paulskirchenparlament, welche östliche Randgebiete des deutschen Bundes, nämlich Böhmen und Posen betrafen, auf die Eigen- und die Fremdwahrnehmung der ersten gesamtdeutschen Parlamentarier hin analysiert werden. Die Argumentationen der Politiker wurden in den Diskussionen wesentlich durch eigene politische Ziele sowie persönliche, fraktionsspezifische und nationale Selbstbilder wie auch durch Vorurteile, Stereotype und ideologisch wie fraktionspolitisch geprägte Fremdbilder bestimmt. Auf diese Weise ergaben sich, je nach der Haltung gegenüber der slawischen Bevölkerung in den östlichen Gebieten des Deutschen Bundes, Inklusions- und Exklusionsmechanismen, die auf der Grundlage ausgewählter Parlamentsreden herausgearbeitet werden sollen.

Als Quellen dienen vor allem die Protokolle der Reichstagssitzungen, in denen die Reden der Abgeordneten, Verlauf und Ergebnisse der Abstimmungen sowie Reaktionen der Zuhörer (Beifalls- und Missfallenskundgebungen) dokumentiert wurden. Ergänzt wurde dieses Korpus durch einige Paratexte wie Briefe von Parlamentariern, öffentliche Proklamationen und Zeitungsartikel.<sup>1</sup> Da Presseorgane in dieser Zeit, nach dem Wegfall der langjährigen Pressezensur und Restriktion, wie Pilze aus dem Boden schossen und, häufig parteigebunden, die Öffentlichkeit über die Debatten in der Paulskirche informierten und so zu einer Politisierung der Bevölkerung beitrugen<sup>2</sup>, wäre eine Analyse der Stellungnahmen von Zeitungen verschiedener politischer Couleur zu den in diesem Beitrag behandelten Themen überaus interessant, kann aber hier nicht geleistet werden.

---

<sup>1</sup> Hier sind zu nennen: Mollat, Georg (Hrsg.): Reden und Redner des ersten deutschen Parlaments. Osterwieck/Harz: Zickfeldt, 1895; sowie: Hildebrandt, Gunther (Hrsg.): Opposition in der Paulskirche. Reden, Briefe und Berichte kleinbürgerlich-demokratischer Parlamentarier 1848/49. Berlin: Akademie-Verlag, 1981.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Frank Engehausen: Die Revolution von 1848/49. Paderborn u. a.: Schöningh, 2007: 187–193.

## 2 Analyse

### 2.1 Die Debatte über den Status Böhmens in der Nationalversammlung

Nach dem Sturz Metternichs am 13. März 1848 sahen böhmische Nationalisten die Chance zur Errichtung eines unabhängigen tschechischen Nationalstaats und begannen, gegen die deutsch-österreichische Staatsgewalt zu agitieren. Dies löste den tschechischen Volksaufstand ab dem 12. Juni 1848 aus, der durch Fürst Windisch-Graetz am 17. Juni nach mehrtägiger Bombardierung der Stadt Prag blutig beendet wurde.<sup>3</sup> Diese Vorgänge wurden mehrfach in der Paulskirche thematisiert.

Am 27. Mai 1848 stellt der Abgeordnete Titus Mareck aus der Fraktion Donnersberg fest, dass die innerhalb des österreichischen Kaiserreichs lebenden Slawen die Magyaren und die Deutschen als Unterdrücker wahrnahmen, was auch der Grund für den panslawistischen Kongress sei, der zu dieser Zeit in Prag stattfand. Das Ziel der Panslawisten sei letztlich die Errichtung eines slawischen Großreiches. Mareck befürchtet einen Aufstand der Slawen aufgrund eines immer aggressiveren Nationalismus, woraus Gefahr entstehen könne für die „600.000 deutschen Brüder, die in Ungarn zwischen Magyaren und Slawen eingekellt leben“.<sup>4</sup> Es herrsche großes Misstrauen gegenüber den Deutschen, die Slawen zweifelten daran,

daß wir ihnen in jenen Bezirken, wo sie den größeren Theil, wo sie die Majorität bilden, sowohl in Unterrichtssachen, als in der Gerichtsverfassung ..., als auch in Communalangelegenheiten, ihre Sprache lassen wollen und werden. Einige glauben ..., daß wir durchaus die deutsche Sprache in allen jenen Bezirken einführen wollen, wo nicht deutsch gesprochen wird.<sup>5</sup>

Dieses Misstrauen könne durch eine Note der Nationalversammlung beschwichtigt werden, „daß Deutschland durch seine Vertreter feierlich erkläre, daß es nie-

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu Engehausen 2007: 145 und Dieter Hein: Die Revolution von 1848/49. München: Beck, 1998, <sup>3</sup>2004, 76 und 90 f.

<sup>4</sup> Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard. 8 Bände + Inhaltsverzeichnis. Frankfurt am Main 1848–1850, hier Bd. I, S. 118. Der Text wird im Folgenden mit der Sigle *SB*, der Bandnummer in römischen und der Seitenzahl in arabischen Zahlen zitiert.

<sup>5</sup> *SB* I, 118.

mals zur Unterdrückung irgendeiner, also auch nicht der slawischen Nationalität, die Hand bieten werde“.<sup>6</sup>

An diesen Antrag schloss sich eine längere Debatte an, an der sich einiges über das Bild von den Slawen und das Selbstbild der von den Abgeordneten vertretenen Deutschen herauslesen lässt. Die Abgeordneten verfolgten in ihren Beiträgen eine Doppelstrategie: Einerseits wollten sie eine Eskalation in Böhmen um jeden Preis verhindern, weshalb sie für vertrauensbildende Maßnahmen bei der tschechischen Bevölkerung plädierten, andererseits wollten sie weder dem aggressiven Nationalismus der Panslawisten nachgeben noch die Interessen der deutschen Bevölkerung in Böhmen preisgeben. Beispielhaft dafür steht der Beitrag Georg Achleitners aus Österreich (Fraktion Westendhall):

Zwei Slawen kommen hier auf einen Deutschen, und die Interessen der Deutschen sind bei weitem mehr gefährdet, als die der Slawen. Wir sollen allerdings Vertrauen erwecken; ich aber, ich bin auch der Ansicht, daß wir uns entschieden für das deutsche Princip erklären. Ich ... stimme dafür, daß wir erklären, wir wollen uns entschieden an Deutschland anschließen, und diese Erklärung so bestimmt als möglich aussprechen, denn dieses wird auch ein Mittel werden, die Slawen davon zu überzeugen, daß wir uns durch sie nicht einschüchtern lassen.<sup>7</sup>

Der Abgeordnete Neuwall geht noch einen Schritt weiter: Er vermutet hinter dem tschechischen Irredentismus reaktionäre Mächte, die sich von einer Eskalation eine Destabilisierung der neuen Verhältnisse und damit eine Rückkehr zum Status quo ante erhofften:

Vertrauen müssen wir zu erwecken suchen, denn der Panslawismus ist sehr thätig, und dieser Panslawismus ist großentheils nur ein Bild, welches man hinstellt, die Nationalität ist es, wodurch man die Völker lockt. Es stecken ganz andere, wichtigere und viel tiefere Gründe dahinter, namentlich diejenigen, deren Macht jetzt gebrochen ist, ... die in dem deutschen Reiche ihre Zwecke nicht mehr erreichen können, und die nun in einem slawischen Reiche unter dem Vorwande der Nationalität auf Kosten des Bestandes der Freiheit, auf Kosten des guten Rechts, auf Kosten der Regierungen, des Souverains selbst ihre frühere Macht wieder erringen wollen.<sup>8</sup>

Nachdem die Nationalversammlung am 31. Mai die durch Mareck beantragte Erklärung abgegeben hat, nach der sie die Rechte der nichtdeutschen Nationalitäten im Bundesgebiet zu schützen beabsichtige, ist die Debatte jedoch noch lange nicht beendet. Vielmehr erhält sie einige neue Aspekte, welche über die unmittelbar gegebene Situation weit hinausreichen. So werden etwa panslawistische Forderungen

---

<sup>6</sup> SB I, 118.

<sup>7</sup> SB I, 120.

<sup>8</sup> SB I, 120.

gen nach einem Ausscheiden Böhmens aus dem Bundesgebiet mit dem Verweis auf die historische Zugehörigkeit des Gebiets zum Heiligen Römischen Reich zurückgewiesen. Ernst Moritz Arndt aus Bonn (1769–1860), der zunächst zur äußersten Rechten gehörte und später fraktionsloser Abgeordneter war, verlegt die Zugehörigkeit Böhmens zu Deutschland sogar in die Zeit der Völkerwanderung: „Wenn man die deutschen Theile gesehen hat, die Urenkel von Markomannen und Hermunduren, was würde man sagen, wenn diese Böhmen nun mit einem Male sich herausreißen wollten mitten aus Deutschland?“<sup>9</sup> Dass eine solche Sichtweise nicht nur in der politischen Rechten zu finden ist, beweist der Dortmunder Abgeordnete Johann Wilhelm Gustav Höfken (1811–1889) aus der Fraktion Württemberger Hof, für den Böhmen ein „ursprünglich deutsche[s], durch Natur, Geschichte, Bildung, durch Gesetz und Recht mit Deutschland untrennbar verbundene[s]“ Land ist.<sup>10</sup>

Vor allem gehe es darum den „czechischen Fanatismus“<sup>11</sup>, so der Abgeordnete Johann Nepomuk Berger aus Mähren (1816–1870; Fraktion Donnersberg), einzudämmen und einen Austritt Böhmens aus dem Reich zu verhindern. Am schärfsten wird dies durch den Wiener Abgeordneten Schilling formuliert:

Die Drohung [...] bestand darin, daß ich erklärte, Deutschland habe die Pflicht, Böhmen im Nothfall mit der Schärfe des Schwerdtes festzuhalten, und nicht zu dulden, daß Böhmen sich von Deutschland trenne, daß es ein slavisches Oesterreich gründe, welches kein freies, kein in dem Sinne freies sein kann, in dem wir Deutsche eines gestalten wollen.<sup>12</sup>

Nach der Niederschlagung des Aufstands im Juni 1848 war die Situation in Böhmen am 1. Juli wieder Thema in der Nationalversammlung, wobei der Ton nun schärfer wurde.

Zunächst wurde der Bericht eines Ausschusses verlesen, der sich mit dieser Thematik befasst hatte. Dieser gab den tschechischen Nationalisten die Schuld an der Eskalation der Gewalt:

Die vielgestaltige Slawenbewegung, die bald unter der allgemeinen Benennung des Panslawismus, bald unter dem Namen der einzelnen Slawenstämme auftritt, hat in der neueren Zeit für das westliche Europa ihren Centralpunkt in Prag gefunden, von wo aus sie, von dem czechischen Elemente getragen, auf eine Vereinigung aller im Süd-Westen von Europa wohnenden Slawenstämme hinarbeitet, und zunächst nach der Herrschaft in Oesterreich strebt, als endliches Ziel aber die Gründung eines großen Slawenreiches in Aussicht nimmt.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> SB I, 214 f.

<sup>10</sup> SB I, 212.

<sup>11</sup> SB I, 214.

<sup>12</sup> SB I, 215.

<sup>13</sup> SB I, 661.

Doch auch Deutsche und Österreicher seien mitschuldig an den Geschehnissen, da die Schwäche der österreichischen Regierung „der slawischen und namentlich der czechischen Partei eine, ihre Macht weit übersteigende Meinung von sich selbst beigebracht“ habe, was in diesen den „Uebermuth großgezogen (?) [hat], der zur terroristischen Unterdrückung der deutschen Bevölkerung herangewachsen ist“.<sup>14</sup>

Dem tschechischen Nationalismus werden nun explizit deutschnationale Töne entgegengehalten, namentlich durch den fraktionslosen Prager Abgeordneten Ignaz Kuranda (1811–1884), der die Zugehörigkeit Böhmens zu Deutschland erst, mit implizitem Bezug auf den bereits zitierten Beitrag Arndts, etymologisch und dann aufgrund einer präsupponierten höheren wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit der Deutschen gegenüber den Tschechen begründet:

Ich sage dieß nicht, weil wie Deutschen bei dieser Frage im Nachtheil sein werden, denn ein germanischer Stamm, die Markomannen, war noch früher als die Slaven Bewohner dieses Landes. Der Name des Landes ist auch ein Deutscher – Böhme, Bojerheim nannten ihn die Nachfolger der Bojaren – in keiner Chronik wird er Czechien genannt. ... Diese Minorität, die wir Deutschen in Böhmen bilden, wird aber bei Weitem durch die Kraft aufgewogen, welche sie in die Schaafe legen. In dem halbmondförmigen Kreise, welchen die reindeutsche Bevölkerung (von der gemischten nicht zu sprechen) um den czechischen Mittelpunkt bildet: der Ackerbau, wo ist er am besten gepflegt? Die Industrie, wo sind ihre Hauptsitze? ... Die Brunnen- und Badeorte Teplitz, Karlsbad, Marienbad, die ein Brunnen unversiegbaren Einkommens für das Land sind; wo liegen sie? In den deutschen Kreisen. Die Bergwerke, welche seit Jahrhunderten den Reichthum des Landes begründeten – wer hat sie bebaut? Deutsche Hände, deutscher Fleiß. Wer hat das Städtewesen, den Bürgerstand in Böhmen begründet, den fleißigen behäbigen Mittelstand, durch den sich Böhmen vor Polen, Croatien und andern halben und ganzen Slavenländern auszeichnet? – Ich bin zu stolz, meine Herren, um auch noch auf Wissenschaft und Unterricht hinzuweisen; von den Zeiten des deutschen Kaisers Karl IV., der die erste Universität zu Prag gründete, bis auf die heutige Zeit, wo Böhmen, die nicht czechisch schreiben können, uns Deutsche mit Waffen bekämpfen, die sie aus dem Zeughause unserer Schulen bekommen haben.<sup>15</sup>

In diesem Zitat wird auch die terminologische Unterscheidung zwischen den Substantiven *Böhme* und *Tscheche* bzw. den zugehörigen Adjektiven deutlich, die sich in den Debattenbeiträgen durchgängig findet: Als *Böhmen* werden diejenigen bezeichnet, welche *treu* zu den Deutschen und zum Deutschen Bund stehen; als *Tschechen* werden lediglich die bekämpften Nationalisten, die Gegenpartei bezeichnet. Anhand der Referenzierung auf die slawische Bevölkerung wird also durch positive Konnotation Inklusion und durch negative Exklusion betrieben.

<sup>14</sup> SB I, 661.

<sup>15</sup> SB I, 664 f.

Die Forderung nach Gleichstellung der Ethnien, so Kuranda, sei letztlich nichts als eine Maske, hinter der tschechische Nationalisten ihre *Tyranneigelüste* verbürgen und gegen die es sich zu verteidigen gelte:

Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, daß die Czechen gleiche Rechte besitzen sollen mit den Deutschen! Es handelt sich um ihre Oberherrschaft! Unsere Wahlen wurden als nicht berechtigt ausgeschrien, unsere Farben wurden insultirt, unsere Vereine wurden gesprengt, unsere Presse eingeschüchtert und terrorisirt. Es handelt sich darum, daß wir Deutsche fortan bloß als Eingewanderte, als geduldete Fremdlinge betrachtet werden sollen; es handelt sich hier nicht mehr etwa darum, dem deutschen Element zum Sieg über das czechische zu verhelfen, es handelt sich nur um Vertheidigung desselben gegen slavische Tyranneigelüste.<sup>16</sup>

Letztlich handle es sich beim tschechischen Aufstand um nichts als um eine „Conterrevolution gegen alle Errungenschaften deutscher Bildung und deutschen Rechts“.<sup>17</sup> Kuranda lobt jedoch die Reaktion des Militärs, welches diesen Aufstand niederschlagen konnte, denn nun „müßte es diesen ultraczechischen Gleißnern klar werden, daß ihre eigene Kraft zu schwach sei, um gegen die Deutschen, um gegen den ganzen Inhalt einer Jahrhunderte alten Civilisation mit Erfolg kämpfen zu können“.<sup>18</sup> Letztlich schreibt Kuranda den Deutschen und Österreichern damit eine höhere ‚Zivilisation‘ zu als den Slawen, ein Denkschema, das in späteren Jahren vielfach der Aufwertung des Deutschen gegenüber dem benachbarten Ausland diene.<sup>19</sup>

Der fraktionslose Abgeordnete Andreas Jeitteles aus Olmütz (1799–1878) spricht sich für die Beibehaltung eines alle Nationen gleichstellenden politischen Kurses aus, fordert aber, energischer gegen separatistische Tschechen vorzugehen. Deshalb spricht er sich für die Entsendung von Truppen in das böhmische Gebiet aus, wobei er zur Bekräftigung seiner Forderung das Pathos der ‚Befreiungskriege‘ beschwört:

Wenn es sich jemals darum handelt, die asiatische Barbarei von Deutschland's Grenzen fern zu halten, wenn es sich darum handeln sollte, den Kosacken und die Knute herauszufegen, dann werden sich 100.000 deutsche Männer in den Kampf zu gehen nicht scheuen. Sie ist noch nicht erloschen die Begeisterung von 1813. Ja die von 1848 wird jene von 1813 noch weit hinter sich zurücklassen.<sup>20</sup>

---

**16** SB I, 665.

**17** SB I, 665.

**18** SB I, 665.

**19** Vgl. dazu Rosenberger, Sebastian: Das Konzept der ‚Zivilisation‘ in den Jahren um den Ersten Weltkrieg. In.: Historische Text- und Diskurssemantik. Hrsg. Jochen A. Bär. Berlin, Boston: de Gruyter, 2021, 294–310. (Jahrbuch für germanistische Sprachgeschichte 11, 2020).

**20** SB I, 667.

Beachtenswert ist hier das Syntagma *asiatische Barbarei*, das im Adjektivattribut auf den alten Topos des zivilisatorisch rückständigen Ostens gegenüber dem Westen zurückgreift und dies mit dem attribuierten Substantiv noch unterstreicht. Der Topos der zivilisatorischen Überlegenheit der Deutschen wird damit auch hier aufgegriffen, ein Hinweis darauf, dass er in dieser Zeit bereits verbreitet war.

Die Forderung nach Truppen in Böhmen wird zwiespältig aufgenommen. Der Abgeordnete Giskra etwa glaubt einerseits, „daß Viele derselben [Tschechen] den tiefsten Haß gegen die Deutschen, ja bis zur gänzlichen Vernichtung der Deutschen, gehegt und ausgesprochen haben“<sup>21</sup>, andererseits bestehe die Gefahr, dass die böhmische Bevölkerung auf Truppen erst recht mit Widerstand reagieren könnte. Arnold Ruge von der äußersten Linken fürchtet gar einen „Racenkrieg“<sup>22</sup> in dem Fall, dass deutsche Truppen in Böhmen stationiert würden.

Insgesamt wird jeglichem Bestreben der ‚Tschechen‘, das Bundesgebiet zu verlassen, eine klare Absage erteilt, darin sind sich die Redner aus allen Fraktionen einig. Am deutlichsten formuliert dies Giskra, der befürchtet, dass sich der ‚tschechische‘ Separatismus auch auf andere Regionen ausdehnen könnte, was den dortigen deutschen Bewohnern schaden würde; deutlich wird der Antagonismus, der zwischen ‚unzivilisierter‘ slawischer und ‚zivilisierter‘ deutscher Bevölkerung konstituiert wird:

Ich fordere, daß die Deutschen in Mähren nicht von dem deutschen Mutterlande losgerissen, nicht im Stiche gelassen werden, wenn die Czechen die mährischen Slaven für sich wollen. Ich will die dort wohnende deutsche Bevölkerung in ihrem deutschen Sinne erhalten und festketten an unser großes Deutschland, ich fordere für diesen Theil von Deutschland den nationalen Standpunkt gerade in der Rücksicht der Erhaltung deutscher Elemente daselbst, die bedroht sind, wenn eine neue Bewegung der Czechen entstände, und die mährischen Slaven fortrisse, und beide vereint, und gestützt auf eine andere Macht eine staatliche Trennung erwirken wollten. ... Die Ausbreitung czechischer Bewegung in Mähren würde die Deutschen in Mähren in ihrem Bestande bedrohen, und wer kann es dann in seinem Gewissen verantworten, die Blüten der Bildung und Humanität hier preiszugeben an einen erst neu sich bildenden Staat, der dieselben abstreift im nationalen Fanatismus gegen alles Deutsche. Es wäre ein Verbrechen gegen alles Recht der Menschheit, wenn man in Böhmen, Mähren und Schlesien eine auf deutsche Grundlage gegründete Bildung und Entwicklung einem neuen Staatenbildungs-Versuche preisgeben, das hieße hier, dem Untergange weihen wollte.

---

21 SB I, 671.

22 SB I, 671. *Rasse*, in diesem Beleg noch als Lehnwort französischen Ursprungs erkennbar, trägt hier noch nicht die ideologisierte Bedeutung späterer Zeiten. Gleichwohl wurde der Ausdruck bereits um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zur pseudowissenschaftlichen Qualifizierung bestimmter menschlicher Gruppen verwendet, wie der folgende Beleg aus Gustav Freytags Roman *Soll und Haben* (1855) zeigt: „es giebt keine race, welche so wenig das zeug hat, vorwärts zu kommen ... als die slavische“ (zitiert nach: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. 16 Bände in 32 Teilbänden. Leipzig: Hirzel, 1854–1961, hier Band 14, Sp. 144).

Das mag einem kosmopolitischen Philosophen genügen, das genügt mir nicht, und ich hoffe, nicht einer Versammlung deutscher Männer, wie Sie, meine Herren, sind!<sup>23</sup>

Erneut werden die nationalen Stereotype deutlich, zudem wird klar das Recht auf Seiten der Nationalversammlung beansprucht: Diese stehe, wie ‚das Deutsche‘ per se, für *Bildung* und *Humanität*, für die *Rechte der Menschheit*, auf Seiten der ‚Tschechen‘ wird nur *nationaler Fanatismus* gesehen, wodurch deren Anliegen als unberechtigt und schädlich bewertet werden. Die präsupponierte ‚zivilisatorische Kluft‘ wird auch hier greifbar.

Es wird aber auch betont, dass die meisten Bewohner dieser Länder treu zum österreichischen Kaiserhaus stünden, weshalb die Gefahr des Separatismus nicht so groß sei wie einige befürchteten. Es sei sogar im Interesse der Böhmen, im Verband zu bleiben, wie Adolph Wiesner aus Wien ausführt:

Auf diese Weise ... würde eine große, kernhafte Bevölkerung, die man durch allerlei Trug und Arglist von Deutschland abzuschneiden sucht, an Deutschland geknüpft werden. Diese slavischen Landleute werden dann einsehen, daß wir es gut mit ihnen meinen; sie werden einsehen, daß die Aufwiegler, die sie für ein Slavenreich zu stimmen suchen, kein Recht haben, sie gegen Deutschland aufzustacheln und daß sie ihnen nicht bieten, was wir ihnen bieten. Auf diese Weise werden wir die ungeheure Bewegung, die ich fürchte und tief beklage, auf eine staatsweise, humane Art dämpfen.<sup>24</sup>

Auch hier wird die *staatsweise, humane Art* der ‚Deutschen‘ dem *Trug* und der *Arglist* der ‚tschechischen‘ *Aufwiegler* gegenübergestellt.

Schließlich wird auch die Eroberung Prags durch Windisch-Graetz thematisiert. Für Johann Nepomuk Berger gibt es aus Sicht der Anhänger der Revolution und der Nationalversammlung keinen Grund, darüber glücklich zu sein, denn der Fürst habe den Sieg über die ‚tschechischen‘ Nationalisten nicht für Deutschland errungen, sondern für das Haus Habsburg. Er befürchtet, wie sich später zeigen sollte, zu Recht, eine Gegenbewegung der Reaktion, bei der sowohl ‚Deutsche‘ als auch ‚Tschechen‘ auf der Verliererseite stehen könnten:

Der Fürst Windisch-Grätz sieht sich nicht als einen Vertheidiger der deutschen Sache an, welche in Wien siegte, sondern Fürst Windisch-Grätz ist ein Werkzeug der Camarilla, ... Nun die Sache in Böhmen ist die, der Deutsche hat nicht gesiegt und der Czeche hat nicht gesiegt, die Czechen und die Deutschen aber befinden sich gegenüber der Reaction, und es wird vielleicht bald die Zeit eintreten, wo wir Beide zusammen gegen eine dritte gefährliche Macht werden in Schutz nehmen müssen.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> SB I, 672.

<sup>24</sup> SB I, 668.

<sup>25</sup> SB I, 674.



In der Frage, wie man mit der Situation in Böhmen zu verfahren habe, sind sich die Abgeordneten der Nationalversammlung, dieses Fazit kann man aus diesem Abriss der Debatte ziehen, bei allen individuellen und fraktionsbedingten Unterschieden in zwei Aspekten einig: In der Ablehnung jeglicher separatistischer Bewegung (eine Haltung, die später in der Frage um Schleswig jedoch nicht konsequent durchgehalten wird) und in der Betonung der Einheit Deutschlands samt dem Ziel, die Errungenschaften der Revolution nicht zu gefährden. In Detailfragen – etwa, was die Frage nach der Entsendung von Truppen nach Böhmen angeht – bleiben sie allerdings uneins.

Von den Böhmen wird ein ambivalentes Bild gezeichnet: Einerseits ist man gewillt, ihre berechtigten Ansprüche (etwa was die Sprachenpolitik betrifft) anzuerkennen, andererseits zeigt sich ein latent bis offen dargelegter Chauvinismus gegenüber den Slawen, der sich zum einen in einer Haltung paternalistischer Fürsorge, zum anderen in expliziter Abwertung der slawischen Bevölkerung gegenüber der deutschen äußert. Dies wird besonders im mehrfach behaupteten Zivilisationsgefälle zwischen Deutschen bzw. Österreichern auf der einen und Slawen auf der anderen Seite deutlich. Von den Böhmen werden die ‚Tschechen‘ als gefährliche Separatisten negativ abgegrenzt. Die Nationalversammlung verhält sich damit der slawischen Bevölkerung in Böhmen gegenüber inkludierend, indem sie sich dem Separatismus verweigert, und exkludierend zugleich, indem sie ihnen trotz aller Beteuerungen nicht den gleichen Rang innerhalb der Nation zuweist.

## 2.2 Zu den Ereignissen in Posen

Nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses wurde das unter preußischer Verwaltung stehende Großherzogtum Posen eingerichtet.<sup>26</sup> Während der 48er-Revolution wurde es zum Zankapfel zwischen der preußischen Regierung, welche das Gebiet nicht abtreten und die deutschstämmige Bevölkerung des Großherzogtums schützen wollte, und den Polen, die nach einer nationalen Reorganisation Posens strebten. Als die deutschen Bewohner die Nationalversammlung um die Aufnahme des Großherzogtums in den deutschen Bund baten, kam es zu Ausschreitungen von Seiten der polnischen Bevölkerung, so dass ein Bürgerkrieg drohte.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Vgl. dazu Lentz, Thierry: 1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas. Aus dem Französischen von Frank Sievers. München: Siedler 2014, 198–205.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Nebel, Hermann (Hrsg.): Robert Blum. Ausgewählte Reden und Schriften. Heft 5. Blum und die polnische Frage. Leipzig: KTO Press, 1979, 99–112, hier 99–103; ferner: Broszat, Martin: 200 Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 4<sup>1986</sup>.

Der preußische Kommissar Ernst von Pfuel ordnete als Lösung des Konflikts eine Demarkationslinie an, welche die vermehrt deutsch besiedelten westlichen Teile des Großherzogtums Posen von den überwiegend polnisch besiedelten östlichen Teilen trennen sollte. Zugleich sollte der westliche Teil in den Deutschen Bund aufgenommen werden, wobei der dortigen polnischen Bevölkerung die ungehinderte volkstümliche Entwicklung in Hinsicht auf Religion, Unterricht, Literatur, innere Verwaltung und Rechtspflege sowie die Gleichberechtigung ihrer Sprache garantiert wurde. Die Aufnahme erfolgte am 2. Mai 1848. Die Polen lehnten diese Lösung unter Verweis auf die Einheit der polnischen Nation ab, zudem warfen sie den Preußen vor, Germanisierungsversuche unternommen zu haben.

Mit dieser Frage hatte sich nun die Nationalversammlung auseinanderzusetzen. Die Debatte begann am 24. Juli, zog sich über mehrere Tage hin und endete am 27. Juli mit der Entscheidung, den westlichen Teil des Großherzogtums in den Deutschen Bund aufzunehmen und die Demarkationslinie zu akzeptieren. Diese Entscheidung stand jedoch einer gegenteiligen des Vorparlaments und des Fünzigerausschusses entgegen, weshalb sie vor allem bei den radikalen Demokraten heftigen Widerspruch hervorrief.<sup>28</sup>

Im Folgenden sollen drei Reden aus unterschiedlichen Fraktionen in den Blick genommen werden, so dass die Positionen zur Gegenwart und Zukunft Posen bei der Linken, beim Zentrum und bei der Rechten einem Vergleich unterzogen werden. Die erste dieser Reden hielt Robert Blum (1807–1848) von der Fraktion Deutscher Hof (gemäßigte Linke) am 24. Juli.

Lange Zeit hätten, so beginnt Blum, die Polen „einen Wall gebildet zwischen der nordischen Barbarei und der westlichen Bildung“, weshalb die Deutschen den Polen viel zu verdanken hätten.<sup>29</sup> Doch aufgrund der seit 80 Jahren währenden Zerrissenheit und Unterdrückung sei das polnische Volk einige Stufen herabgesunken. Umso mehr sei es nun aber die Aufgabe der Deutschen, dazu beizutragen, dass es sich wieder erheben könne: „So paart sich mit der Theilnahme an dem Volke das Bewußtsein der Schuld unserer Väter, die wir tilgen müssen“.<sup>30</sup> Selbst wenn man die gewaltsamen Ausschreitungen von polnischer Seite verurteile, müsse man anerkennen, dass hier ein „edler“ Trieb am Werke gewesen sei, die letzte Kraft dem Vaterlande zu widmen.<sup>31</sup> Blum erkennt, auch im Hinblick auf das eige-

---

**28** Vgl. dazu das öffentliche Protestschreiben der Fraktion Donnersberg vom 27. Juli 1848. Abgedruckt in: Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. 131 Dokumente und eine Zeittafel. Hrsg. Walter Grab. München: Nymphenburger Verlags-Handlung, 1980, 140–143.

**29** SB II, 1141.

**30** SB II, 1141.

**31** SB II, 1142.

ne *Nationalgefühl*, die nationalistischen Bestrebungen der Polen wie aller anderen Völker als berechtigt an:

Nun, dann seien Sie auch auf der anderen Seite so gerecht, und wenn Sie Posen durchschneiden, um die Deutschen zu reklamieren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slaven los, die zu Oesterreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland. – Ja, ich sage mehr: Wenn Sie ein so lebhaftes Nationalgefühl haben, ... so befreien Sie die deutschen Ostseeprovinzen von der Herrschaft Rußlands, und befreien Sie die 600.000 unglücklichen Deutschen im Elsaß, die sogar unter einer Republik schmachten.<sup>32</sup>

Bezüglich der Demarkationslinie gibt Blum die fehlende Kenntnis der tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse zu bedenken, weshalb auf dieser Grundlage keine Entscheidung getroffen werden könne. Er fordert schließlich, dass nicht das Recht des Stärkeren, sondern, ganz im Sinne der Aufklärung die Vernunft über die Frage entscheiden solle, wobei die Polen aber in jedem Falle als gleichberechtigter Partner fungieren sollten.<sup>33</sup>

Im Anschluss an Blum hielt Wilhelm Jordan aus Berlin (1819–1904), der zunächst wie Blum zur Fraktion Deutscher Hof gehörte, später aber zum Zentrum (Landsberg) wechselte, eine lange Rede, in der er ganz den Standpunkt Preußens einnahm und aus seiner Geringschätzung der Slawen keinen Hehl machte.

Mit der preußischen Demarkation sei „nichts Anderes geschehen, als daß man festgestellt hat, wie weit sich Deutschland tatsächlich nach Osten erstreckte, d. h. wie weit deutsche Sprache und Gesittung siegreich vorgedrungen ist.“<sup>34</sup> Die Frage, die sich dabei stelle, laute damit:

Soll eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regierung, unter deutschen Beamten leben und zum großen deutschen Vaterlande gehören, oder sollen sie in der secundären Rolle naturalisirter Ausländer in die Unterthänigkeit einer anderen Nationalität, die nicht so viel humanen Inhalt hat, als das Deutschthum gegeben, und hinausgestoßen werden in die Fremde? – Wer die letztere Frage mit Ja beantwortet; wer da sagt, wir sollen diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräther.<sup>35</sup>

An der Demarkationslinie hätten sich im Laufe der Zeit auf beiden Seiten ‚Nationalitätsinseln‘ gebildet, so dass eine einfache Scheidung nicht mehr ohne weiteres möglich sei. Dies führe zu einem weiteren wichtigen Punkt, nämlich der Sicherheit Deutschlands:

---

<sup>32</sup> SB II, 1142.

<sup>33</sup> Vgl. SB II, 1142.

<sup>34</sup> SB II, 1143.

<sup>35</sup> SB II, 1143.

Bei einem ausbrechenden Kriege würden wir in Gefahr kommen, unsere Ostländer zu verlieren, wenn wir nicht ihre strategischen Linien in unsrer Gewalt behielten. Um den Hauptpunkt dieser strategischen Linien, um die Festung Posen selbst mitzubehalten, dazu bedurfte es keiner Abweichung von dem Grundsatz, nach dem die Scheidungslinie gezogen war, denn diese mit zehn Millionen deutschen Geldes erbaute Stadt ist der Mehrzahl ihrer Bewohner nach deutsch.<sup>36</sup>

Um ‚die Festung Posen‘ zu sichern habe Preußen auch einige polnisch besiedelte Landstriche sich einverleiben müssen; die preußische Regierung hätte hier nicht anders handeln können, ein Unterlassen hätte die Sicherheit Deutschlands gefährdet.

Für die insbesondere bei den Demokraten vorhandene Sympathie mit den Polen hat Jordan die einfache Erklärung, dass man die Polen umso mehr möge, je weniger man sie kenne und stattdessen einem *kosmopolitischen Idealismus* folge:

Sie befolgt, so zu sagen, ein geographisches Gesetz, das heißt, man findet sie in demselben Maße zu- und abnehmend, je weiter man sich nach Westen oder Osten entfernt. Dieser Umstand, daß man die Polen desto mehr lieb hat, je weiter man von ihnen entfernt ist, und je weniger man sie kennt, und desto weniger, je näher man ihnen rückt [...], dieser Umstand, sage ich, muß jedenfalls die Vermutung erregen, daß diese Zuneigung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzuge des polnischen Charakters, als vielmehr auf einem gewissen kosmopolitischen Idealismus, nicht sowohl auf einer klaren Erkenntniß unserer Verhältnisse zu unsern östlichen Nachbarn, als vielmehr auf einem hergebrachten, politischen Glaubensartikel beruhe, den man eben hinnimmt, ohne ihn weiter zu untersuchen.<sup>37</sup>

Die Wiederherstellung Polens aufgrund eines schlechten Gewissens sei demnach eine „schwachsinnige Sentimentalität“.<sup>38</sup>

Das u. a. von Robert Blum vorgebrachte Argument, Polen bilde einen ‚Schutzwall‘ gegen die ‚Barbarei‘ (gemeint ist Russland), weist Jordan mit Blick auf die Stärke der deutschen Nation zurück:

Es wäre traurig, wenn ein Volk von 45 Millionen, das in ziemlich compacter Geschlossenheit dasteht, in dem wohlverschanzten Centrum Europa's glauben wollte, gegenüber einem anderen Volke, das allerdings ein Drittel Einwohner mehr zählt [gemeint ist Russland; S. R.], aber durch seine weite Ausdehnung in demselben Maße für den Angriff gelähmt, als für die Vertheidigung gestärkt wird, einer Vormauer zu bedürfen. [...] Deutschland ist sich allein Mannes genug, um jeden Angriff auf seine Integrität machtlos an sich zerschellen zu lassen.<sup>39</sup>

---

**36** SB II, 1143 f.

**37** SB II, 1144.

**38** SB II, 1144.

**39** SB II, 1144.

Die Wiederherstellung Polens würde massiv gegen die deutschen Sicherheitsinteressen verstoßen, da einerseits der „erste Tag eines selbstständigen Polenreichs [...] der erste Tag eines Kampfes auf Leben und Tod mit uns [wäre], denn in unserer Zeit kann kein Land als selbstständiger Staat existieren ohne Seeküsten; das ist eine Wahrheit, so klar wie das Sonnenlicht“<sup>40</sup>, andererseits steige die Gefahr eines Krieges mit Russland, den aber einige, welche den „Russenhass“<sup>41</sup> predigten, gerade beabsichtigten, um das alte System auch dort zu beseitigen. Doch Jordan differenziert:

Der Haß zwischen Nationen ist eine mit der Cultur des neunzehnten Jahrhunderts unverträgliche Barbarei, ist geradezu ein Unsinn. Das russische Volk ist wahrlich nicht hassenswerth! An der Oberfläche, die es uns zukehrt, mag es verdorben und angefault sein, durch die künstliche Schminke einer fremdländischen Schreincultur (doch wohl Scheincultur?), die ihm seine Despoten aufgeklebt haben; der Kern des Volkes aber ist unverdorben, und alle unbefangenen Berichterstatter stimmen darin überein, daß es auch den Russen nicht fehlt an vortrefflichen Eigenschaften, und daß sie manchen Keim in sich tragen, der sie berechtigt zu der Hoffnung auf eine große Zukunft. Unser Haß kann allein gegen das System gerichtet sein, unter dem Rußland seufzt.<sup>42</sup>

Die Wiederherstellung Polens sei damit „eine selbstvergessene Politik, eine Politik der Schwäche, eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit“<sup>43</sup>; stattdessen plädiert Jordan für einen „gesunden Volksegoismus“, der die Wohlfahrt und Ehre des Vaterlandes an die erste Stelle rücke<sup>44</sup>; „Aber eben dieser Egoismus, ohne den ein Volk niemals eine Nation werden kann, wird von den Polenfreunden als höchst verdammlich bezeichnet“.<sup>45</sup>

Preußen habe Polen durch einen regelrechten Friedensvertrag (die Akte des Wiener Kongresses) erhalten, es bestehe deshalb kein Unrecht, das gesühnt werden müsse, wie die Linken meinten, sondern das *Recht des Stärkeren*. Damit stellt er sich explizit gegen die vorherige Forderung Robert Blums, nicht mit Gewalt, sondern mit den Mitteln der Vernunft zu überzeugen:

Nein, ich gebe ohne Winkelzüge zu: Unser Recht ist kein anderes, als das Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung. Ja, wir haben erobert. Die Deutschen haben polnische Länder erobert, aber diese Eroberungen sind auf einem Wege, auf eine Weise geschehen, daß sie

---

<sup>40</sup> SB II, 1145.

<sup>41</sup> SB II, 1145.

<sup>42</sup> SB II, 1145.

<sup>43</sup> SB II, 1145.

<sup>44</sup> SB II, 1145., Sperrung im Original.

<sup>45</sup> SB II, 1145.

nicht mehr zurückgegeben werden können. Es sind, wie man es schon so oft gesagt hat, nicht sowohl Eroberungen des Schwertes, als Eroberungen der Pflugschaar.<sup>46</sup>

Jordan verweist auf die Ostkolonisation seit dem Mittelalter, welche die Überlegenheit des deutschen Volkes gegenüber den slawischen Völkern hinreichend belege, so dass die Eroberung Polens eine *naturnotwendige Tatsache* sei, die letztlich nichts anderes als die *Bestattung einer Leiche* gewesen sei. Erkennbar überträgt Jordan hier naturwissenschaftliche Denkweise auf die Politik, er naturalisiert Völker und Nationen zu Lebewesen, die einem gewissen Lebenszyklus unterworfen sind; in gewissem Sinne lässt sich hier das Konzept des Sozialdarwinismus *avant la lettre* herauslesen:

Die Uebermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slavischen Stämme, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des russischen, ist eine Thatsache, die sich jedem unbefangenen Beobachter aufdrängen muß, und gegen solche, ich möchte sagen, *naturhistorische* Thatsachen lässt sich mit einem Decrete im Sinne der kosmopolitischen Gerechtigkeit schlechterdings nichts ausrichten. Das ist ein Satz, der so feststeht wie für uns der Erdball selbst. [...] Ich behaupte also, die deutschen Eroberungen in Polen waren eine Naturnothwendigkeit, Das Recht der Geschichte ist ein anderes als das der Compendien. Es kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein Volksthum durch seine bloße Existenz noch kein Recht hat auf politische Selbstständigkeit, sondern erst durch die Kraft, sich als Staat unter andern zu behaupten. Der letzte Act dieser Eroberung, die viel verschieene Theilung Polens, war nicht, wie man sie genannt hat, ein Völkermord, sondern weiter nichts, als die Bestattung einer längst in der Auflösung begriffenen Leiche, die nicht mehr geduldet werden durfte unter den Lebendigen. Denn in der That, ein Volk, das aus Edelleuten, Juden und Leibeigenen bestand, war, nachdem eine langjährige Anarchie es verwildert, einer vernünftigen Freiheit unfähig, und konnte, als eine solche Freiheit zur Lebensbedingung wurde, nicht länger existieren.<sup>47</sup>

Auch was die Leistungsfähigkeit betreffe, seien die Polen den Deutschen deutlich unterlegen; zunächst beschränkt Jordan seine Aussagen auf die höheren gesellschaftlichen Schichten:

Ich sage, die gebildeten Stände der polnischen Nation finden nun einmal keinen Geschmack daran, auf eine so gewöhnliche, mühsame, practische, prosaische Weise, wie es ein Beamter wohl thun kann, an der Herstellung ihrer Nationalität mitzuarbeiten. Das überlassen sie dem deutschen Ernste, dem deutschen Fleiße, und schwärmen lieber im Auslande herum, wo sie durch ihre Salonpolitur und eine gewisse ritterliche Tournüre die Herzen zu gewinnen wissen, und arbeiten mit unermüdlicher Standhaftigkeit daran, irgendwo einen großen Zusammenstoß zu bewirken, um, begünstigt von der Erschütterung, wieder einen Versuch

---

<sup>46</sup> SB II, 1146. Durch die Anspielung auf die Bibel (Jes. 2, 4) werden die vermeintlich friedlichen Absichten der Deutschen hervorgehoben.

<sup>47</sup> SB II, 1146., Sperrung im Original.

zu machen zur politischen Herstellung ihres Polenreichs, ohne zu bedenken, daß noch nie, solange die Welt steht, ein Volk politisch untergegangen ist, wenn es nicht vorher physisch zu Grunde gegangen war, und daß es ebenso ein durchaus eitles Beginnen ist, von oben her durch irgendwelche (?) Verfassung ein Volk ins politische Dasein hinein decretiren zu wollen, das sich noch keine ökonomische Grundlage erarbeitet hat.<sup>48</sup>

Preußen habe mehr für die polnische Nation getan zu haben als „jene Edelleute, die wie Sturmvögel überall auftauchen, wo es einen Krieg, einen Aufstand zu schüren gibt, um im allgemeinen Zusammenstoß die Gelegenheit zu einer neuen Schilderhebung zu gewinnen“.<sup>49</sup> Ein Menschenalter unter deutscher Regierung habe bewirkt, „was ein Jahrtausend unter Polen unmöglich gewesen ist“<sup>50</sup>, nämlich den Wohlstand des Landes. Dass der größte Teil des Grundeigentums von polnischen in deutsche Hände übergegangen ist, erklärt Jordan damit, dass Deutsche mehr Ertrag aus ihm herausholen könnten und deshalb reicher geworden seien, während die Polen verarmten. Damit verallgemeinert Jordan seine Geringschätzung auf das gesamte polnische Volk:

Die Polen sind noch immer ein Adelsvolk, das die weise Sparsamkeit, den angestrengten Fleiß der Deutschen als Zeichen einer niedrigen Gesinnung, als einen schmutzigen Geiz ansieht. [...] Es war lediglich der Polen eigene Schuld, wenn sie ihr Land in deutsche Hände kommen ließen; und es wäre eine eigenthümliche Gerechtigkeit, wenn wir das auf diese Weise und auf dem rechtlichsten Wege erworbene Land nun auf einmal aus kosmopolitischer Großmuth sammt den Deutschen, die darauf sitzen, in fremde Unterthänigkeit hinausgeben wollten. [...] Hat der Deutsche die Wälder gelichtet, die Sümpfe getrocknet, den Boden urbar gemacht, Straßen und Kanäle angelegt, Dörfer gebaut und Städte gegründet, um den Epigonen des exilierten hundertköpfigen polnischen Despotenthums neue Schmarotzerneser zu bereiten?<sup>51</sup>

Insgesamt sei zu bemerken „daß beim Polen<sup>52</sup> der Hang zu den Freuden einer rauschenden Geselligkeit unverhältnismäßig stärker entwickelt ist, als die Lust zu mühsamer Arbeit und er Geschmack an einem einfachen Familienleben, wie bei

---

48 SB II, 1147.

49 SB II, 1147.

50 SB II, 1147.

51 SB II, 1147 f.

52 Man beachte hier den kollektiven Singular, der das Individuum hinter Typisierungen verschwinden lässt und sich somit vorzüglich zur Diskriminierung eignet; vgl. dazu von Polenz, Peter: Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens. 3., unveränderte Auflage. Mit einem Vorwort von Werner Holly. Berlin, New York: de Gruyter, 2008, 149; sowie Lobenstein-Reichmann, Anja: Sprachliche Ausgrenzung im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Berlin, Boston: de Gruyter, 2013, 80–82.

den Deutschen“.<sup>53</sup> Daher dürfe man ihnen „ein deutsch gewordenes Land, eine zahlreiche deutsche Bevölkerung zu Staatsexperimenten“ nicht überlassen.<sup>54</sup>

Nach einem längeren Exkurs über die Problematik der Konfessionen schließt Jordan mit den Worten: „Ich bin durchaus gegen die Herstellung polnischer *Aristokratie*, aber eben so sehr für die Herstellung eines polnischen *Volkes*, das bis jetzt noch nicht existiert hat, und wozu auch gegenwärtig nur erst die von Deutschland gepflegten Keime vorhanden sind“<sup>55</sup>; diese Keime großzuziehen sei die schwere Aufgabe, die Deutschland mit der Eroberung dieser Gebiete übernommen habe, und mit dieser Aufgabe sei auch genug Sühne geleistet für alles, was man mit der polnischen Teilung den Polen angetan habe; und in diesem Zusammenhang könne Polen beweisen, dass es ebenfalls zu ausdauernder Arbeit fähig sei. Jordan spricht sich also für die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund aus, wobei neben Sicherheitsinteressen auch paternalistische Argumentationsmuster den Ausschlag geben.

Am darauffolgenden Tag hält der dem rechten Lager zugehörige Joseph von Radowitz (1797–1853; Steinernes Haus, später Café Milani), preußischer Militärbeauftragter und Freund des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., eine Rede, die wie die Jordans zunächst auf die Sicherheitsinteressen Preußens und damit Deutschlands abhebt:

Es ist schwer zu begreifen, wie man bei diesem Schritt die Pflichten gegen die deutsche Nationalität und gegen die deutschen Interessen in solchem Maße ignorieren konnte. Neben 800.000 Polen wohnen in der Provinz ungefähr 600.000 Deutsche, diese wurden also in den Zweifel versetzt, ob sie von dem deutschen Staate Preußen getrennt und einem polnischen Reiche überwiesen zu werden bestimmt seien. Die deutsche Grenze sollte auf einer ihrer gefährlichsten Stellen zwischen Glogau und Thorn bloßgestellt, eine Festung, die wir mit 10 Millionen Thaler deutsch-preußischen Geldes erbaut haben, eine Festung, die allein eine Vertheidigungsfront zwischen Weichsel und Oder möglich macht, könnte hierdurch preisgegeben werden!<sup>56</sup>

v. Radowitz verteidigt die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund und die von den Preußen gezogene Demarkationslinie als wenigstens vorläufig bestmögliches Mittel, die Nationalitätskonflikte einzudämmen. Er fordert,

für die Landesbezirke der ersten Kategorie [deutsch besiedelt; S. R.] die geschehene Aufnahme in den Bund gutzuheißen, ferner die gezogene Demarcationslinie vorläufig anzuerkennen, bis uns genugsame Material vorliegt, um darüber einen definitiven Beschluß zu fas-

---

<sup>53</sup> SB II, 1148.

<sup>54</sup> SB II, 1148.

<sup>55</sup> SB II, 1151, Sperrungen im Original.

<sup>56</sup> SB II, 1156.



sen; endlich die deutsche sowohl als die polnische Nationalität in beiden Landestheilen zu wahren. Ich vermag nicht einzusehen, wie wir es gegen Deutschland zu verantworten vermöchten, uns gegen diese Anträge zu erklären, oder einen Zustand, wie den gegenwärtigen, noch ferner fortbestehen zu lassen.<sup>57</sup>

Wer auf diese Lösung verzichte, müsse entweder fordern, dass die ganze Provinz Posen in den Deutschen Bund aufgenommen werde oder die gesamte Provinz aus dem Reichsverband ausschließen. Wer das erste wolle, müsse anerkennen, dass innerhalb Deutschlands eine fremde Nationalität über ein Teilgebiet herrsche. Und für noch gravierender hält Radowitz die Bedenken gegen die zweite Lösung, denn wer „die gesammte Provinz Posen von der Einverleibung in den deutschen Reichskörper ausschließen will, der spricht damit aus, daß er 500.000 Deutsche einem künftigen polnischen Reiche überweise“, was eine „Theilung Deutschlands“ zur Folge hätte.<sup>58</sup>

Während der Linke Robert Blum also gegen die Aufnahme des westlichen Teils des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund spricht und eine Demarkationslinie nur unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren will, stimmen der Liberale Wilhelm Jordan und der Rechte Joseph von Radowitz und mit ihnen die Mehrheit der Nationalversammlung sowohl für die Aufnahme als auch für die Demarkationslinie und widersprechen somit den Beschlüssen des Vorparlaments. Das Ziel der Demokraten, der polnischen Nation Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu leisten, wurde damit überstimmt. Bei Radowitz und vor allem bei Jordan wird die Aufnahme des westlichen Großherzogtums mit den Interessen Deutschlands als Ganzem und der deutschen Bevölkerung im Besonderen begründet, während die Interessen der Polen in ihrer Argumentation zwar Erwähnung finden, den deutschen Interessen aber untergeordnet werden; dabei verhehlt insbesondere Jordan seine antislawischen Ansichten nicht. Seine Rede kann als frühes Beispiel für völkisches Denken mit der Privilegierung des eigenen Volkes und der Stigmatisierung anderer Völker angesehen werden, wie es etwa 20 Jahre später mehr und mehr Platz im Denken vieler Deutscher einnahm und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein immer weiter radikalisiert wurde, bevor es, zur politischen Umsetzbarkeit gelangt, schwerwiegende Folgen zeitigte. Doch auch die polenfreundliche Argumentation Blums enthält abwertende Elemente, etwa wenn er konstatiert, dass die polnische Bevölkerung, wenn auch nur aufgrund preußischer Unterdrückung, zivilisatorische Defizite aufweise. Auch hier kann von einer gleichberechtigten Behandlung der Slawen also nur eingeschränkt die Rede sein.

---

57 SB II, 1156.

58 SB II, 1156.

### 3 Fazit

Während für die Linke die Bombardierung Prags und Krakaus sowie die Entscheidung der Nationalversammlung in der Debatte um die Zukunft Posens „Sieg des Absolutismus und der Aristokratie“<sup>59</sup> sind und rundweg abgelehnt und verurteilt werden, zeigen sich in der Behandlung der böhmischen und der polnischen Frage innerhalb der Nationalversammlung signifikante Unterschiede, die auch mit dem jeweiligen Status der betroffenen Regionen zusammenhängen. In beiden Gebieten fand sich ein erheblicher Anteil an deutscher Bevölkerung, deren Interessen alle Redner des Parlaments im Blick behalten. Strittig sind die aus der historischen Entwicklung gewachsenen Rechte und Pflichten der Deutschen gegenüber den Regionen: Während Böhmen als langjähriger Bestandteil des deutschen Reichsgebiets auf keinen Fall preisgegeben werden sollte, weshalb man auch drastische Mittel befürwortete, mit denen das Land im Deutschen Bund gehalten werden sollte, kam es im Falle Polens nur auf die Interessen der deutschen Bevölkerung an. Entsprechend fällt auch die Beurteilung der nichtdeutschen Bevölkerung in beiden Gebieten aus: Die tschechische Bevölkerung wird insgesamt als dem österreichischen Kaiserreich und Deutschland gegenüber *treu* dargestellt und von den tschechischen Separatisten, den „fanatischen Ultrazeichen“ (Ignaz Kuranda)<sup>60</sup> abgegrenzt. Die polnische Bevölkerung erfährt hingegen eine deutliche Abwertung, offensichtlich deshalb, weil sie auf eine weniger lange Tradition im Reichsgebiet zurückblicken kann als die tschechische.

So zeigen sich in den beiden Debatten über Böhmen und Polen sowohl die ‚helle‘ als auch die ‚dunkle‘ Seite der Paulskirche: Die ‚helle‘ im Bestreben, auch die nichtdeutschen Bevölkerungsteile politisch, rechtlich und kulturell nicht zu benachteiligen, die ‚dunkle‘ in Abwertungen und den Exklusionstendenzen, die insbesondere die polnische Bevölkerung betreffen und die in der deutschen Geschichte bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine unselige Tradition entwickeln sollten.

---

<sup>59</sup> Grab 1980, 141.

<sup>60</sup> SB I, 665.